

Im Zweifelsfall einsperren

Der amerikanische Justizminister Jeff Sessions beschwört den «Krieg gegen Drogen»

Das neue Drogenelend in den USA hat mit jenem der neunziger Jahre wenig zu tun. Der neue oberste Ankläger will trotzdem die alten Instrumente aus der Mottenkiste holen.

PETER WINKLER, WASHINGTON

Die Versuchung ist offensichtlich gross, moderne Probleme mit einem Rückgriff auf die Vergangenheit anzugehen. Damals war schliesslich vieles besser, wenn auch nicht alles gut, und so orientiert sich vor allem populistische Politik gerne an Zuständen, wie sie früher herrschten. Der Irrtum ist, dass das Rad der Geschichte zurückgedreht werden kann, wenn man nur die damals geltende Gesetzgebung aus der Mottenkiste kramt. Der neue Justizminister der USA, Jeff Sessions, hat dafür gerade ein Musterbeispiel abgeliefert.

Schwere Delikte im Fokus

Er wies die Strafverfolger des Bundes an, in der Regel wieder das schwerwiegendste und am einfachsten zu beweisende Verbrechen in ihre Anklage aufzunehmen. Damit beendete er einen Versuch des damaligen Justizministers Eric Holder von 2013, der notorisch hohen Rate an Drogenhändlern in den Haftanstalten des Bundes einen neuen Ansatz gegenüberzustellen, den er «intelligente Strafverfolgung» nannte. Konkret hiess das, vor allem gegen bewaffnete Drogenhändler sowie gegen Banden und Kartelle vorzugehen.

Die Folge: Waren 2012 noch fast 60 Prozent aller Drogenhändler für Verbrechen angeklagt worden, die von Gesetzes wegen mit langen Mindesthaftstrafen geahndet werden, sank dieser Anteil auf rund 45 Prozent. Dagegen nahmen die Anklagen gegen bewaffnete Drogenhändler und Bandenchefs um 17 und 14 Prozent zu. Für Holder war das der Beweis, dass seine Politik die Aufmerksamkeit der Strafverfolger auf die schwereren Drogendelikte lenkte.

Gemäss der Weisung von Sessions können Strafverfolger zwar immer noch eine mildere Anklage wählen, allerdings nur in Ausnahmefällen, und sie müssen



Die Zahl von Insassen in amerikanischen Bundesgefängnissen geht zurück. Sessions hält dies für einen Missstand. G.BROOME / AP

diese gegenüber ihren Vorgesetzten schriftlich begründen. Wie gross der Appetit der Bezirks- und Staatsanwälte auf solche zusätzlichen bürokratischen Hürden sein wird, bleibt abzuwarten - zumal Sessions schon in seiner Zeit als Senator klarmachte, dass er von einer Justizreform, die zu weniger langen Haftstrafen führt, nichts hält.

Linke (Hillary Clinton) wie Rechte (Senator Rand Paul) beklagen die Tatsache, dass die USA mit einem Anteil von 5 Prozent an der Weltbevölkerung für fast 25 Prozent aller Eingesperrten sorgen. Viele finden es auch stossend, dass die Anteile der Dunkelhäutigen an den Gefangenen überdurchschnittlich hoch sind. Doch Sessions sprach von einer «unglücklich schrumpfenden Zahl von Gefängnisinsassen» als er im letzten Jahr den Kampf gegen eine Justizreform im Senat anführte. Er stützte

sich zwar nur auf die Zahlen in den Bundesanstalten und liess die Möglichkeit, dass die seit langem erheblich gesunkene Kriminalität zu diesem Rückgang beigetragen haben könnte, ausser acht. Er konnte auf ein tiefgehendes Unbehagen in einer Bevölkerung zurückgreifen, die sich grundsätzlich stärker bedroht fühlt.

Äpfel mit Birnen vergleichen

Selbst dem konservativen «Wall Street Journal» fiel es einigermaßen schwer, Gebiete aufzuzeigen, auf welchen Holders neuer Ansatz versagt hatte. Der eine Rückschritt betraf eine leicht rückgängige Zahl von belastenden Aussagen von Angeklagten gegenüber anderen Beschuldigten. Angesichts der drohenden langen Mindeststrafen waren sie früher offenbar eher bereit gewesen,

ihre Komplizen zu verpfeifen und damit eine Strafmilderung zu erkaufen. Allerdings existieren keine Angaben darüber, wie oft solche belastenden Aussagen auch zutreffend waren.

Sessions behauptete auch, Holders Politik habe das Ziel verfehlt, die öffentliche Sicherheit zu erhöhen. Er greift damit auf die Zahlen von Tötungsdelikten zurück, welche seit 2014 erstmals wieder gestiegen sind. Allerdings zeigen grundlichere Studien, dass der langfristige Trend steil nach unten weist und dass einige wenige Grossstädte für den jüngsten Anstieg verantwortlich sind. Was dies mit Drogendelikten zu tun haben soll, ist unklar. Doch verschärfte Verbrechensbekämpfung gehörte nun einmal zu den Wahlkampfversprechen Donald Trumps. Mit Jeff Sessions holte der amerikanische Präsident sich dafür den richtigen Justizminister.